

Der Ordnungspolitische Kommentar

Nr. 1/2009

6. Januar 2009

Der Staat wird's schon richten, der Staat macht's schon gut?

Von *Christine Wolfgramm*

In Europa und der Welt hat ein neuer Wettbewerb eingesetzt. Es geht nicht mehr um den mittlerweile fast verteilten Wettbewerb auf Märkten sondern um den Wettbewerb um das größte und für Lobbygruppen aller Couleur beste Konjunkturprogramm. Munter werden milliarden-schwere Hilfen für die (Auto-)Industrie, Konsumgutscheine zur Belebung des Handels, verbilligte Kredite und steuerliche Anreize für verschiedenste Tatbestände gefordert. Getreu dem Motto: wer hat noch nicht, wer will noch mal?

Es ist unbestritten, dass wir momentan eine der größten weltweiten Finanzkrisen erleben. Ebenfalls nicht von der Hand zu weisen ist, dass Deutschland, Europa und der Welt eine länger anhaltende, schwierige wirtschaftliche Phase bevorsteht, die zumindest teilweise auf die Folgen der Finanzkrise zurückgeht. Normalerweise würde man jedoch zur Behebung einer Krise nicht ausgerechnet jenen zur Hilfe rufen, der zum Großteil für eben diese Krise verantwortlich ist. Die Finanzkrise ist u.a. auf verschiedene staatliche Maßnahmen und Institutionen zurückzuführen: Eine amerikanische Zentralbank, die jahrelang für sehr billiges Geld gesorgt hat. Eine amerikanische Regierung, deren erklärtes Ziel es war, besonders den einkommensschwachen Haushalten ein eigenes Häuschen zu verschaffen. Zusätzlich wurden staatlich abgesicherte Banken gegründet, die kein Risiko scheuen mussten und die Vergabe günstiger Kredite an einkommensschwache Haushalte unterstützten. Hinzu kamen nicht nur in den USA das Versagen der Aufsichtsbehörden und Rating-agenturen und ein unzureichendes aufsichtsrechtliches Regelwerk, das den Banken risikoreiche Geschäfte an der Bilanz vorbei ermöglichte. Kompetenz und Haftung klafften auf verschiedenen Ebenen auseinander. Dies führte nicht nur zu einer Überschuldung der privaten Haushalte, sondern auch zu erheblichen Staatsdefiziten. Trotz dieser negativen Bilanz staatlicher Eingriffe ist das Vertrauen in staatliche Hilfsmaßnahmen eher gestiegen als gesunken.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Gestiegen ist auch die Bereitschaft vieler Politiker und Ökonomen, sämtliche ordnungspolitischen Prinzipien zu vergessen und mit milliarden-schweren Ad-Hoc-

Maßnahmen gegen den Abschwung anzukämpfen. Dies wird mit der Einzigartigkeit der Krise gerechtfertigt. Nun wurde dies bisher von jeder größeren Rezession behauptet, doch selbst wenn die Krise einzigartig wäre, hieße dies nur, dass es auch kein Patentrezept dagegen gibt. Dennoch gibt der Staat nun vor zu wissen, welche Maßnahmen wirken und worin es sich zu investieren lohnt.

Vielleicht liegen die letzten Wirtschaftskrisen und die negativen Folgen staatlicher Eingriffe zu weit zurück. Die Finanzkrise hat aber erst vor ein paar Monaten begonnen, die Konsequenzen einer interventionistischen Politik liegen klar auf der Hand. Und trotzdem nehmen die Regierungen billigend in Kauf, neue Probleme in der Zukunft zu schaffen.

Anerkannte Ziele von gestern sind heute Makulatur. Ging es zumindest in Europa in den letzten Jahren darum, die Neuverschuldung abzubauen, will man heute von den negativen Auswirkungen überbordender Schulden nichts mehr wissen. Deutschland wird dieses Jahr die geplante Neuverschuldung voraussichtlich mehr als verdoppeln, ganz zu schweigen von den Vereinigten Staaten, deren Staatsdefizit sich heute schon auf einem Rekordhoch befindet und in 2009 auf eine Billion Dollar ansteigen könnte.

Sämtliche Staaten wollen unabhängig von ihrer Haushaltssituation mit Konjunkturprogrammen unterschiedlichster Ausprägung den Abschwung verhindern, obwohl der Beweis, dass Konjunkturprogramme mittelfristig überhaupt einen anderen Effekt haben, als die Schulden zu erhöhen und private Investitionen zu verdrängen, noch nicht erbracht ist. Insbesondere die zeitliche Dimension wird von den Befürwortern solcher Programme immer wieder ausgeblendet. Zwischen dem Auftreten der wirtschaftlichen Störung und dem Wirksamwerden der Maßnahmen vergehen aufgrund des langwierigen parlamentarischen Entscheidungsfindungsprozesses und der ebenfalls sehr langwierigen Ausschreibungsverfahren für öffentliche Aufträge bis zu zwei Jahre. Voraussichtlich greifen die meisten Maßnahmen erst, wenn die Wirtschaft sich ohnehin wieder im Aufschwung befindet, was zu einer schnellen Überhitzung beitragen würde. Die Rechnung für eine im besten Falle kurze Stimulierung der Wirtschaft wird den künftigen Generationen präsentiert. Die schuldenfinanzierten Programme werden von einer expansiven Geldpolitik der Notenbanken flankiert. Die

Federal Reserve (FED) hat den Leitzins kürzlich auf nahezu Null gesenkt und steht somit vor einem leeren Instrumentenkasten. Dass die Finanzkrise auch auf Greenspans allzu lockere Zinspolitik zurückzuführen ist, gilt anscheinend bei Bernanke nicht mehr. Doch auch die FED wird die Folgen ihrer expansiven Geldpolitik nicht aufhalten können: das zusätzliche Drucken von Geld wird unweigerlich zu Inflation führen, der mit steigenden Zinsen begegnet werden muss, wenn eine rasche Geldentwertung verhindert werden soll. Es droht eine Phase anhaltender wirtschaftlicher Schwäche bei voranschreitender Geldentwertung (Stagflation). Hier wird deutlich, dass eine Zentralbank nicht gleichzeitig für Geldwertstabilität sorgen und die Konjunktur ankurbeln kann.

Der Zweck heiligt nicht die Mittel

Auch andere Ziele geraten angesichts der Gefahr einer „unendlichen Zahl von Arbeitslosen“ (Joelle Milquet, belgische Arbeitsministerin) in den Hintergrund. Sollte gestern noch das Weltklima gerettet werden, werden heute Wiederbelebungsmaßnahmen für – ausgerechnet – die Automobilindustrie eingeleitet. Auch andere Branchen und Unternehmen sollen durch diverse Maßnahmen aus den Konjunkturprogrammen vor einem vermeintlich drohenden Zusammenbruch gerettet werden. Das Problem: Wenn jede Regierung die eigenen Unternehmen „rettet“, gibt es keine an der Nachfrage und an den Kosten orientierte Selektion und Kapazitätsanpassung.

Ein funktionierender Markt hat den Vorteil, dass er über Preise die Knappheit der Ressourcen widerspiegelt bzw. signalisiert, welches Produkt oder welche Dienstleistung gerade besonders von den Konsumenten gefragt sind. Hierzu braucht es keinen Koordinator, der die Verbraucher fragt, was sie denn gerne möchten. Und es braucht schon gar keinen Staat, der den Bürgern vorschreibt, was sie zu wollen haben. In einem marktwirtschaftlichen System gibt es naturgemäß nicht nur Gewinner, sondern auch Unternehmen oder Individuen, die an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. So wie die großen Autohersteller GM, Ford und Chrysler, die seit Jahren auf eine Produktpalette gesetzt haben, die nicht den Wünschen der Verbraucher entspricht, wie die Absatzeinbrüche zeigen.

Normalerweise sorgt der Wettbewerb dafür, dass Anbieter, deren Produkte nicht mehr abgesetzt werden können,

aus dem Markt ausscheiden, wenn sie aus eigener Kraft keine Lösung finden. Im Falle der Autoindustrie sollen aber jetzt die Bürger über Steuern für die Rettungsmaßnahmen aufkommen. Der Wettbewerb scheint nur so lange erwünscht zu sein, wie es keine Verlierer gibt. Insbesondere, wenn es sich um eine „Schlüsselindustrie“ handelt, an der sehr viele Arbeitsplätze hängen.

Die Rettung von Arbeitsplätzen findet in der Bevölkerung immer großen Zuspruch. Übersehen werden die Folgen dieser Rettungsmaßnahmen: die Subventionen werden vom Steuerzahler gezahlt und von anderen Unternehmen, die nicht in den Genuss von staatlichen Hilfen kommen. Diese haben also nicht nur einen Wettbewerbsnachteil, sondern kommen zusätzlich für die Rettung des Konkurrenten auf. Für die Steuerzahler gibt es in der nächsten Runde eine Erhöhung von Steuern und Abgaben, was wiederum Arbeitsplätze kostet. Diese Zweitrundeneffekte werden wissentlich ausgeblendet. Die durch die Steuergelder – vorübergehend – „geretteten“ Arbeitsplätze sind unmittelbar sichtbar. Die Arbeitsplätze, die durch die erhöhten Steuern und Abgaben an anderer Stelle verloren gehen oder gar nicht entstehen, bleiben jedoch unbeachtet.

Kein Aktionismus in der Krise

„Fünfzig Prozent der Wirtschaft ist Psychologie“ war Ludwig Erhard überzeugt: In Krisenzeiten ist es wichtig, das Vertrauen der Marktakteure zu stärken und Erwartungen zu stabilisieren. Ob ein Feuerwehreinsatz nach dem anderen in Form von unterschiedlichsten Konjunkturprogrammen das Vertrauen stärkt, darf bezweifelt werden. Auch wenn es angesichts des letzten langen, weltweiten Aufschwungs anscheinend in Vergessenheit geraten ist: Abschwünge und Krisen gehören zur Marktwirtschaft dazu. In diesen Zeiten gilt es, die Konsequenzen dieses Prozesses abzufedern, sprich: in Not geratenen Menschen durch soziale Absicherung zu helfen und ihnen durch flexible Arbeitsmärkte die Chance zu eröffnen, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen. Wohlgermerkt geht es hier um die Absicherung von Individuen, nicht von Lobbygruppen, die jetzt eine Chance sehen ihre Position durch Mindestlöhne, geringere Versicherungsbeiträge, Energiekostenzuschüsse usw. zu verbessern.

8839 Zeichen

Dieser Ordnungspolitische Kommentar reflektiert die Meinung der Autorin, nicht notwendigerweise die des Instituts für Wirtschaftspolitik oder des Otto-Wolff-Instituts für Wirtschaftsordnung. Der Inhalt kann vollständig oder auszugsweise bei Erwähnung der Autorin zu Publikationszwecken verwendet werden. Für weitere Informationen und Rückfragen zum Inhalt wenden Sie sich bitte direkt an die Autorin.

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wirtschaftspolitischen Seminar der Universität zu Köln.

Kontakt: Tel. 0221-470 6134 oder email: wolfgramm@wiso.uni-koeln.de